

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk., vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Zur Bewegung auf Kreta.

Die Antwortnote Griechenlands auf das Ultimatum der europäischen Großmächte liegt zwar im Wortlaut noch nicht vor, aber es steht fest, daß dieselbe nicht im Sinne des Ultimatus ausgefallen ist. Aus Athen meldet die „Agence Havas“, es verlautet über den Inhalt, Griechenland erkläre, daß es den Wünschen der Mächte entsprechend den Kretanern die Annahme der Reformen empfohlen hätte, welche die Mächte unmöglich gemacht hätten. Griechenland sei verpflichtet gewesen, bei den neuen Kretanern zu intervenieren, um das Brudervolk zu schützen. Die Autonomie bilde keine Lösung. Dieselbe müßte in erster Linie von den Kretanern angenommen werden, die sie aber ablehnten. Griechenland wolle sich der Entscheidung der Kreten unterwerfen. Die Wiederherstellung der Flotte und der Truppen würde das Zeichen geben zu neuen Ausdehnungen, gegenüber denen das griechische Volk nicht unthätig bleiben könnte. Ueber die Natur der Rekonstruktion erklärte gestern im englischen Unterhaus der Erste Lord des Schatzes Balfour, weder die an Griechenland noch die an die Türkei gerichtete Rekonstruktion habe die Form eines Ultimatus. Unvergleichbar unterscheiden sich die Noten im Tone; dies sei unterstrichen durch die Thatsache, daß Griechenland notorisch im Widerspruch mit den europäischen Mächten handele, während die Türkei sich rein defensiv verhalte und keinerlei Wunsch zeige, irgendwie sich der Politik zu widersetzen, über die die sechs Mächte einig sind. Der Parlamentssekretär des auswärtigen Geschäftes erklärte, er habe noch nicht gehört, daß die Pforte oder Griechenland geantwortet haben.

Ueber Wien kommt die Meldung, es gingen die Vorschläge der europäischen Mächte auf Grund einstimmigen Beschlusses dahin, die griechischen Schiffe nach dem Hafen von Wido zu eskortieren, woselbst sie zu verbleiben haben. Sollte ein griechisches Schiff sich aus dem Hafen hinauswagen und in Torpedobereichweite kommen, so wird es aufs energigste von der Eskadre angegriffen. Die Verhärterung der europäischen Eskadre erfolgt, falls die Nothwendigkeit der Eskorte eintritt.

Weiter liegen folgende Telegramme vor:

Paris, 9. März. (Privat-Telegramm.) Der offizielle Text der Antwort Griechenlands betont, durch die Autonomie werde Kreta der Friede nicht wiedergegeben und schlägt vor, den griechischen Truppen die Pazifizierung Kretas zu übertragen, nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung auf der Insel ein Plebiszit zu veranstalten, wodurch die kretenische Bevölkerung bestimmt sei, wie Kreta zu regieren sei.

Konstantinopel, 8. März. Die internationale Gendarmerie ist nunmehr offiziell entlassen; die französischen und englischen Offiziere derselben verlassen Kreta, der englische Major Worbley hier. Ausland unterläßt die montenegrinischen Gendarmen auf seine Kosten weiter. Die Konfiskation der internationalen Gendarmerie des Gold aus. Seit Mittag finden Kämpfe zwischen den Aufständischen und Vasilioschaks bei Sanki Vassien, eine Stunde von Skandia statt. Von den Vasilioschaks sind bis jetzt drei getödtet und fünfzehn verwundet. Nach einer Ordonanz der zur Feststellung der Gemarkung gegen die Mohammedaner in Sitia ausgesandten Kommission, die aus englischen, italienischen und französischen Offizieren bestand, schimpften die angeblichen Grenztheten auf versingelte Fälle zusammen. Die seit einer Woche ausgebrochene Matternepidemie greift immer mehr um sich. Die Türken versuchten in der letzten Nacht die Anbrunstung Kandias zu stoppen nur durch die äußersten Anstrengungen aller friedlichen Elemente daran verhindert werden. Die allgemeine Erbitterung gegen die Europäer ist im Wachsen.

Konstantinopel, 8. März. (Meldung des Wiener k. k. Telegraphen-Bureaus.) Gestern ging von Konstantinopel der 22. Militärzug ab. Dieser sind 30 kleinasiatische Infanterie-Bataillone nach Saloniki abgegangen. Zur Bewältigung weiterer Truppen-Transporte wurde auf den Verbindungslinien mit Saloniki der Zivil-Verkehr auf einen Tag in der Woche reduziert und von der Orientbahn Ausnahme nachgeschickt. Dieser sind im Aufmarsch-Raum gegen Griechenland 26 Linien- und 44 Infanterie-Bataillone konzentriert, mit Kavallerie und Artillerie rund 55 000 Mann, was die Zahl der griechischen Streitkräfte um das Vierfache übersteigt. Die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Hafen von Saloniki, Katerina und Prevera sind in der Durchführung begriffen. Täglich finden Vorkämpfer-Konferenzen statt.

Aus dem Reich.

Gelegentlich der bayerischen Erbprinzenwahl wird der Kaiser gemeinschaftlich mit dem Prinzregenten Luitpold die alte Hofzollernburg bewohnen und bei Nürnberg über das erste, bei Würzburg über das zweite Armee-Korps Parade abnehmen. — Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist, wie den „Mett. Nachr.“ aus Cannes gemeldet wird, in der vergangenen Woche theils durch vermehrte asthmatische Beschwerden, theils durch unglückliche Witterung verhindert gewesen, das Zimmer zu verlassen. — Vom Fürsten Bismarck ist beim Verein Berliner Künstler ein Dankreiben eingegangen für die Widmung der Rotivafel, in welcher die Erinnerung des Fürsten zum Ehrenmitglied des Vereins einen künstlerischen und poetischen Ausdruck gefunden hat. — Die „Hamb. Nachr.“ schreiben: Das Festdenkmal des Fürsten Bismarck läßt in neuerer Zeit wieder Manches zu wünschen übrig, namentlich wird der Altmeister unter dem Einfluß der gegenwärtigen barometrischen Schwankungen häufiger und andauernder als sonst von seinen Gesichtsschmerzen heimgegriffen, die ihm das Sprechen erschweren und Schlaflosigkeit zur Folge haben. Der Fürst sieht deshalb nicht ohne Bedauern der diegemässen Feier seines Geburtsstages entgegen. Trotzdem hat er es nicht über sich gewinnen können, den Festzug abzugeben, der ihm von seinen Sängern Nachsicht und Mitbürgern auch diesmal zugebracht ist; vielleicht

aber wird er ihn stehend begrüßen müssen und wahrscheinlich wird es ihm, namentlich bei kaltem Wetter, unmöglich sein, auf Ansprachen in längerer Rede zu erwidern: der Gesichtsschmerz schneidet eben die Sprache ab. Der Fürst glaubt aber auf die Nachsicht seiner Hamburger Freunde rechnen zu dürfen, wenn er durch die Umstände genötigt werden sollte, beim Empfang des Festzuges zu sitzen oder sich möglichst schweigend zu verhalten. — Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, bezieht die Nachricht, dem Kommandeur der 3. Division, Generalleutnant Fehren, von der Goltz, sei vom Sultan das Oberkommando an der griechischen Grenze angeboten, von diesem aber in entschiedener Weise abgelehnt worden, auf Erfindung. Es ist dem General von der Goltz, welcher das Oberkommando, noch überhaupt eine Kommandostelle an der griechischen Grenze angeboten worden. — In Frankfurt a. M. verstarb am Sonnabend im 73. Lebensjahre der Lehrer A. D. Wilhelm Freier, von 1845 bis 1892 Lehrer in Corrient, Kreis Oßtersberg. Noch als Greis war er unermüdet in Wort und Schrift, auch körperliche Anstrengungen niemals scheuend, thätig für die Hebung seines Standes (besonders im Provinzial- und im Volksbildungsverein) und für die Förderung der sittlichen Volksbildung. Zuletzt arbeitete er, auf weitreichende Ortskenntnisse und archivalische Studien gestützt, an einer unvollständigen Geschichte des Landes Oßtersberg. — In Bremen ist gestern Morgen der Richter Emil Nittershaus nach längerem Leiden gestorben. Er war am 3. April 1834 in Bremen als Sohn eines Fabrikanten geboren und widmete sich in seiner Vaterstadt dem Kaufmannsstande. Als Richter trat er zuerst im Jahre 1856 mit einem Band Gedichte hervor, von welchem bis zum Jahre 1891 nicht weniger als acht Auflagen erschienen. — Die Militärverwaltung beabsichtigt, den Bedarf der Truppen an Fahrrädern in den eigenen Fabriken zu decken; die Fahrräder sollen in den Gewerkschaften hergestellt werden. In Spandau wird die künftige Gewerkschaft mit den erforderlichen maschinellen Einrichtungen fertig werden. — Im Namen des Allgemeinen Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften protestirt der Anwalt Geheimrath Haas in Offenbach in einem offenen Briefe an die Reichstagskommission für das Handelsrecht gegen die Vorschläge, den kleinen landwirtschaftlichen Genossenschaften den Charakter als Volkswirtschaft zu entziehen, als eine Verletzung ihrer Rechte und Unabhängigkeit. Der protestirende Genossenschaftsverband umfaßt nach der Angabe jetzt 4050 Genossenschaften und ist der an Mitgliedern reichste Verband Europas.

Deutschland.

Berlin, 9. März. Kaiser Nikolaus von Rußland drückte dem Kaiserlichen Adjutanten des deutschen Kaisers, Obersten v. Moltke, der, wie bereits gemeldet, bei seiner Werbung als Kommandeur des Kaiser Alexander-Garde-Regiments ein Handreiben des Kaisers Wilhelm und Photographien von der feierlichen Ueberreichung der Fahnenbänder überbracht hatte, seine besondere Freude über die Aufmerksamkeiten des Kaisers aus. Oberst v. Moltke bleibt noch einige Tage in Petersburg und wird vor Eintritt seiner Rückreise nach Berlin noch in Abschiedsaudienz empfangen werden.

Die Vorarbeiten für das erste deutsche Nationalfest 1900 nehmen weiteren Fortgang. Die Bildung des Präsidiums, das bis zu 100 Mitgliedern erweitert werden und einen Vorstand von zwölf, sowie einen Arbeitsausschuß von fünf Personen erhalten soll, wird in Kürze zum Abschluß gebracht werden. Es ist erfreulich, wie bereitwillig hervorragende Männer der Wissenschaft, Kunst, Industrie, des Handels und des öffentlichen Lebens, sowie Vertreter einzelner Stände und großer Vereine sich in den Dienst dieses vaterländischen Unternehmens gestellt haben. Eine öffentliche Meinungsäußerung über die Frage der Feststätten, sei sie zustimmend oder ablehnend, ist erwünscht, damit dem Präsidium, welches später endgültig darüber zu entscheiden hat, ein umfangreiches, durch die öffentliche Unterstützung geklärtes Vertheilungsmaterial zugeführt wird. Eingeleitet sind die Arbeiten der technischen Abteilung über die Einrichtung der Feststätte, des Festplatzes, der erforderlichen Plätze und Baustellen; die Arbeiten der Abtheilung für die Organisation im Reich, und die Arbeiten der Finanzabteilung für die Aufstellung eines Finanzplanes. Der Vervollzug der technischen Abtheilung soll eine Vervollständigung hervorbringen der Turner und Sportplätze vorangehen, welcher eine von Dr. med. Schmidt in Bonn in allen Einzelheiten bereits ausgearbeitete Denkschrift zu Grunde gelegt werden wird. In Kürze wird die erste Sitzung des Arbeitsausschusses stattfinden.

In der Budgetkommission hat Staatssekretär Hollmann darauf hingewiesen, welche enormen Anstrengungen Japan hinsichtlich der Vermehrung seines Flottenmaterials macht. Neue Nachrichten sind darüber bei den leitenden Marinebehörden in großer Zahl eingetroffen. Es ist ja bekannt, daß auf den japanischen Werften drei Kriegsschiffe zur Zeit im Bau sind. Die Werften sollen nun in großartiger Weise vermehrt werden, um sehr viele Kriegsschiffe gleichzeitig in Bau nehmen zu können. Werften von großem Umfang werden errichtet in Hiogo, Yokai, Uraga und Yokohama; die Werft von Yokohama ist fast fertiggestellt. Der Kriegsschiffbau von Osaka, der für die Einschiffung größerer Truppenmassen bestimmt ist, soll 85 Millionen Mark kosten. Die Schiffbestellungen, die Japan auf den fremden Werften macht, mehren sich unausgesetzt; so hat es kürzlich bei der belgischen Firma Sarron u. Co. in Brüssel zwei Torpedobootsäger von 31 Anker Geschwindigkeit, die der Firma Normand in Havre fünf Hochsees Boote bestellt. Bei der Union Iron Works in Francisco, bei Grays in Philadelphia u. s. w. ist eine ständige Anzahl Aufträge im Bau. Die Lieferungsfristen sind so kurz als möglich bemessen. Der Plan, eine japanische freiwillige Flotte zu gründen, macht große Fortschritte. Man denkt, 3 Kreuzer von 6000 Tonnen, 6 Kreuzer von 3000 Tonnen und 14 kleinere Dampfer von 500 bis 3000 Tonnen anzukaufen oder zu bauen. Das Hauptbureau wird in Kobe errichtet, Filialen in Yokohama, Osaka und Tokio.

Am 6. März wurde zu München im Evangelischen Vereinshaus auf Veranlassung des Alldeutschen Verbandes eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der Kapitänleutnant A. D. Weber einen Vortrag über die deutsche Kriegsschiffbau hielt. Nach Schluß des Vortrages wurden folgende Telegramme an den Reichskanzler und den Reichstag angenommen: 1. An Sr. Durchlaucht den Fürsten Hohenlohe-Schillingfürst, Reichskanzler: Mit Freuden begrüßt eine zahlreiche Versammlung deutscher Männer noch einem überzeugenden Vortrag über die Unzulänglichkeit der deutschen Flotte, daß seitens der Reichsregierung neuerdings von der Volkvertretung Mittel zur Hebung unserer Seemacht gefordert werden und hofft, daß eine patriotische Volkvertretung dieselben rückhaltlos bewilligen werde. Heil Kaiser und Reich! 2. An den Reichstag: Eine zahlreiche Versammlung deutscher Männer spricht nach einem überzeugenden Vortrag über die traurige Unzulänglichkeit unserer Kriegsschiffe die patriotische Hoffnung aus, daß die seitens der Reichsregierung von der Volkvertretung zur Hebung unserer Marine geforderten Mittel bewilligt werden möchten.

Unter der Überschrift: „Wie sieht's mit der diesjährigen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands?“ stellt die „Mitt. V. 3.“ Betrachtungen an, welche dargethan, wie ungünstig die kirchlichen Verhältnisse sind von dem mitgetheilten Beschlusse des Kommissars der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands, Fürsten Löwenstein, der diesjährigen Versammlung den Charakter einer Wallfahrt nach einem außerdeutschen Ort zu geben. Das genannte kirchliche Blatt geht auf, daß der Beschlusse den Ausfall der Generalversammlung in der bisherigen Form, die Verlegung des Versammlungsortes nach dem Auslande und das Zurücktreten des bisherigen Zweckes der Generalversammlungen bedeutet. Nach mehreren Zitate aus der kirchlichen Presse, welche die ungünstige Aufnahme belegen, die der Beschlusse auch dort gefunden hat, fährt das Blatt fort: Dem Kommissar der Generalversammlungen steht es allerdings zu, die General-Versammlung für ein Jahr ausfallen zu lassen, wenn sich der Abhaltung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten. Aber es übersteigt unsern Erachtens die Kompetenz des Herrn Kommissars, etwas ganz Anderes an die Stelle der Generalversammlung zu setzen, mag dieses Andere auch an sich noch so gut gemeint und lobenswerth sein. Der in Rede stehende Plan ist dem deutschen Episkopat zur Genehmigung unterbreitet worden, sonst annehmend. Ganz einverstanden, wenn es sich hier um die Organisation einer großen Wallfahrt, also um eine kirchliche Angelegenheit handelte. Aber das ist doch nur die eine Seite der Sache, und die andere, nicht minder wichtige, der thätigste Ausfall der jährlichen deutschen Katholiken-Versammlung, geht doch auch andere Kreise an. Wir hatten seit der vorigen Woche mehrfach Gelegenheit, uns über die Auffassung von Persönlichkeiten zu unterrichten, deren Ansicht schwer ins Gewicht fällt. Die Antwort lautete einstimmig: Nein! Auch mehrere Mitglieder des Episkopates haben sich, wie wir bestimmt wissen, in diesem Sinne ausgesprochen.

Sollte nicht der allgemeine Eindruck, daß die „Generalversammlungen“ neuerdings immer bedeutungsloser geworden waren, zu dem ausgedehnten Beschluß beigetragen haben? Die „Mitt.“ sucht übrigens zu beschwichtigen durch die Versicherung, daß noch nichts entschieden sei und daß der Kommissar Fürst Löwenstein Mainz oder Freiburg in Baden für die Versammlung zu bestimmen beabsichtigt; nach Schluß der ordnungsmäßigen Generalversammlung siehe „der Wallfahrt zum Grabe des sel. Canisius nichts im Wege“.

Die „Statist. Anz.“ enthält eine Zusammenfassung über die Uebertritte zu den deutsch-evangelischen Landeskirchen und die Austritte aus ihnen während der Jahre 1890 bis 1894. Trotz einiger Lücken sind die gesammelten Zahlen doch ausföhrlich genug, um Beachtung zu verdienen. Im Ganzen haben Uebertritte zu den evangelischen Landeskirchen 23 607 und Austritte aus ihnen 18 804 stattgefunden, so daß der Gewinn 4803 beträgt. In den evangelischen Landeskirchen sind übergetreten 2083 Juden, 17 002 Katholiken und 4517 Personen anderer oder unbekannter Konfession. Dagegen sind übergetreten zum Judenthum 61 Personen, zur katholischen Kirche 2794 und zu anderen Gemeinschaften einschließlic derjenigen, bei denen die neue Konfession unbekannt blieb, 15 944 Personen. Im Austausch mit der jüdischen Konfession hat die evangelische Landeskirche mithin 2027 und im Austausch mit der katholischen Kirche 14 208 Personen gewonnen, wogegen sie im Austausch mit anderen Gemeinschaften, besonders wohl mit den Dissidenten 11 432 Seelen verloren hat. Die Uebertritte von Katholiken zur evangelischen Kirche überwiegen in allen Theilen des deutschen Reichs ausföhrlich des rechtsrheinischen Bayern und Württembergs die Uebertritte von Evangelischen zu den Katholiken. In Preußen sind 14 045 Katholiken evangelisch geworden, dagegen nur 1467 Evangelische katholisch. Der Uebertritt zu anderen Gemeinschaften war besonders stark in Württemberg, Hamburg, Neuch. a. L. und im Königreich Sachsen. In Sachsen hat die evangelische Landeskirche durch Uebertritte eine Abnahme um 1952 Personen erfahren.

Die Bevölkerung des deutschen Reichs nach der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 betrug nach den vom letzten Vierteljahrshefte der Statistik des deutschen Reichs mitgetheilten endgültig festgestellten Zahlen 52 279 901 Einwohner, und zwar 25 661 250 männliche und 26 618 651 weibliche. In dem Zeitraum seit der vorhergehenden Volkszählung vom 1. Dezember 1890 ist die Einwohnerzahl um 2 851 431 gewachsen. Bemerkenswerth ist, daß in der letzten Zählungsperiode nur Hohenzollern und der Saargebiet eine Bevölkerungszunahme aufwiesen, während dies in der vorigen Zählungsperiode bei zehn Bundesstaaten der Fall war. Die Bevölkerungszunahme betrug durchschnittlich jährlich in Prozent der mittleren Bevölkerung während der Zählungsperiode in Preußen 1,23, und zwar in Ostpreußen 0,48, Westpreußen 0,93, Berlin 1,21, Brandenburg 2,09, Pommern 0,69, Posen 0,88, Schlesien 0,81, Sachsen 0,90, Schleswig-Holstein 1,07, Hannover 1,22, Westfalen 2,13, Hessen-Rhaffan 1,08, Rheinland 1,61, Hohenzollern

0,10; in Bayern 0,78, und zwar rechts des Rheins 0,75, links des Rheins 1,01; im Königreich Sachsen 1,56, Württemberg 0,43, Baden 0,80, Hessen 0,91, Mecklenburg-Schwerin 0,65, Sachsen-Weimar 0,79, Mecklenburg-Strelitz 0,71, Oldenburg 1,03, Braunschweig 1,45, Sachsen-Meiningen 0,89, Sachsen-Altenburg 1,08, Sachsen-Coburg-Gotha 0,95, Anhalt 1,51, Schwarzburg-Sonderhausen 0,67, Schwarzburg-Rudolstadt 0,65, Waldeck 0,17, Neuch. a. L. 1,45, Neuch. j. L. 1,96, Schaumburg-Lippe 1,03, Lippe 0,97, Lübeck 1,71, Bremen 1,69, Hamburg 1,81, Elbstadt-Verdringen 0,46. Im ganzen deutschen Reich betrug die Zunahme 1,12.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. März. Man besorgt wegen des höchst wahrcheinlichen Falls eines Unterlegens Lugers gegen die Sozialdemokraten bei der morgigen Wahl in der fünften Kurie in Wien in Lugers Wahlbezirk Margarethen Zusammenstoß zwischen den Antisemiten und Sozialdemokraten.

Italien.

Rom, 8. März. Der Papst nahm heute die feierliche Eröffnung der glänzend restaurirten Sala Borgia im Vatikan vor. Dem Alte wohnen 24 Kardinäle, zahlreiche Prälaten, sowie das gesamte diplomatische Corps bei. Auf Einladung des Papstes gab Professor Seck Erörterungen über die Restaurierung der Gemälde Pinturicchio's.

England.

London, 8. März. Das „Bir. Reuter“ meldet: Was die Gerüchte betrifft, daß der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, dem Präsidenten Krüger eine sehr entschiedene Note gefandt habe, die gegen das Fremdengefehl als eine Verletzung der Konvention von 1889 Einspruch erhebt, so ist es richtig, daß zwischen den beiden Regierungen ein Schriftwechsel über diesen Gegenstand erfolgt ist, doch lehnt man es im Kolonialministerium ab, eine Erklärung über den Charakter desselben abzugeben.

Rußland.

Wilna, 8. März. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß zum Nachfolger des unheilbar erkrankten Wilnaer Generalgouverneurs Ordschowskij der bisherige Gouverneur von Minsk-Nowgorod Baranow bestimmt sei.

Türkei.

Nach einer Meldung der „Ag. Stef.“ aus Konstantinopel ist der Kommandant des Dardanellen-Forts wegen des Zwischenfalles, der sich bei der Durchfahrt des italienischen Schiffes „Simeto“ durch die Dardanellen ereignete, für zwei Monate seiner Stellung enthoben worden.

Arbeiterbewegung.

In Eberswalde fand kürzlich eine Zusammenkunft von Vertretern der Arbeiter und Arbeiter der Provinz Brandenburg statt, welche einer Mitteilung des „Vorwärts“ zufolge, beschlossen, bei etwaigen Lohnbewegungen folgende Forderungen stellen zu wollen: 1. Einführung eines Minimallohnes, den örtlichen Verhältnissen angepasst; 2. Verkürzung der Arbeitszeit; 3. Abschaffung der Kündigungsfrist und des Kessels- und Lohngewaltens bei den Meistern; 4. Einführung eines Arbeitsnachweises.

Verständlichem Aufsehen erregt in den Kreisen der Berliner Steinarbeiter die Entdeckung, daß der langjährige Vertrauensmann und Kassirer der Gewerkschaft, der Steinmetz Buchmann, sich arge Unregelmäßigkeiten zum Nachtheile des Agitationsfonds der Steinarbeiter Berlins hat zu Schulden kommen lassen. Die Höhe des Schadens konnte noch nicht festgestellt werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. März. Wie uns mitgetheilt wird, kam es in der letzten Sitzung der Dekonomie-Deputation zu einem interessanten Zwischenfall. Der Stadtverordnete Hellmuth Schroeder glaubte aus Anlaß der Unterhaltung des Herrn Dr. Graumann über die Pachtung der Jagd in dem städtischen Forstrevier Wessenthin seitens des Herrn Stadtraths Wessenthin den Antrag stellen zu sollen: Die Dekonomie-Deputation möchte Herrn Wigan ein Vertrauensvotum aussprechen! Dieser Antrag stieß aber in der Dekonomie-Deputation auf so lebhaften Widerspruch, — Herr Stadtrath Wigan nahm an der Verabreichung selbstverständlich nicht Theil, — daß er fallen gelassen werden mußte. Wir fürchten, Herr Schroeder hat mit seinem Vorgehen Herrn Stadtrath Wigan einen schlechten Gefallen gethan. Es mag für jeden Freund der Jagd begrifflich sein, daß jemand in seinem Jagdrevier zu weit geht! Wenn aber Herr Stadtrath Wigan der Stadtverordnetenversammlung auf der einen Seite sagt: Verpachten Sie die Jagd nicht öffentlich, sondern lassen Sie sie den Förstern, wenn auch noch so billig; und dann auf der anderen Seite hinter dem Rücken der Stadtverordneten-Versammlung hinget, und einen Theil dieser Jagden von den Förstern wieder an sich bringt; — daß ein solcher Vorgang nicht geeignet ist, dem Betroffenen ein besonderes Vertrauensvotum auszusprechen zu lassen, hätte sich Herr Schroeder bei einiger Klugheit wohl selbst sagen können!

Nach einer neuerdings ergangenen Entscheidung der Ressortminister soll die Beschäftigung von Gerichtsreferendaren bei der Regierung vor ihrer Annahme als Regierungsreferendare, auch wenn diese Beschäftigung auf ihren demnächstigen Vorbereitungsdienst nicht angerechnet werden soll, nicht gestattet werden. — Nach einem neuerlichen Erlaß des Kultusministers ist das Bedürfnis herorgetreten, die Bezirksregierungen auf dem Gebiete der Schulverwaltung im Wege der Dezentralisation zu entlasten. Geeignete Organe hierfür sind insbesondere in der Kreisinspektoren in denjenigen Kreisstädten vorhanden, in welchen Stadtschulinspektoren nach dem Muster der Inspektion vom 26. Juni 1811 gebildet sind und gemeinsam mit dem staatlichen Kreisinspektoren die Geschäfte führen. Der Minister weist darauf hin,

daß hier nur in besonders wichtigen Fällen, oder wo das Gesetz die Entscheidung den Bezirksregierungen besonders zuweist, eine Beteiligung und Mitwirkung der Regierung erforderlich ist, während im Uebrigen die Stadtschulbehörde selbstständig gesteuert werden kann. Beispielsweise wird die aus der Vermehrung der Bevölkerung sich ergebende Einrichtung neuer Schulen oder Schulstellen, die Erbauung neuer Schulhäuser, die Vertheilung der Bezieher auf die einzelnen Schulen, die Beurteilung erkrankter Lehrpersonen und die Regelung ihrer Vertretung einer bestimmten Mitwirkung der Regierung im Einzelfalle nicht bedürfen, wenn sie nicht zur Entscheidung freier Meinungen innerhalb der Stadtschulbehörde anregung wird. Zur Herbeiführung einer festen Praxis sollen die königlichen Regierungen nach Anhörung einiger, mit der Verwaltung des Schulwesens hervorragend vertrauter Vorstehender von Stadtschuldeputationen bezw. Oberbürgermeister bestimmt formulierte Vorschläge darüber einreichen, für welche Fälle der Regierung unschädlich ihres allgemeinen Aufsichtrechts in den vorbezeichneten Städten eine bestimmende Mitwirkung vorbehalten werden muß. Die Grenzen werden so eng zu ziehen sein, als es das staatliche Interesse irgend gestattet, wobei in Betracht kommt, daß auch die Stadtschuldeputationen im Sinne der Instruktion vom 26. Juni 1811 staatliche Aufsichtsbefugnisse sind. Ihre gleichzeitige Stellung als Verwaltungsbehörden der politischen Gemeinden sichert ihren Beschläffen und Anordnungen zur Verwirklichung des Schulwesens bei der Vertretung der politischen Gemeinden diejenige vertrauensvolle und zu Opfern bereit Aufnahme, in welcher die beste Gewähr für eine andauernd fortgeschrittene Ausgestaltung des Schulwesens liegt. Für diejenigen Fälle, in denen ausnahmsweise die Stadtschuldeputationen mit einer Abänderung über die Auswahl der anzustellenden Lehrkräfte noch nicht befugt sind, sollen besondere Vorschläge nach Anhörung der städtischen Behörden gemacht werden. Weitere Maßnahmen zur Dezentralisation der Schulaufsicht sind vorbehalten.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat an die königlichen Regierungen einen Erlaß gefandt, daß es in Ansehung gebracht sei, daß durch eine Verlängerung der Pachtperioden bei den Domänen- und forstwirtschaftlichen Fischereien eine erhebliche Verbesserung der Fischerei bewirkt werden könne, und daß es sich daher empfehlen würde, die Pachtzeiten auf 12 Jahre, unter Umständen sogar auf 18 Jahre auszudehnen. Die königliche Regierung wird veranlaßt, die Pachtbedingungen bei etwaigen Neuverpachtungen von fiskalischen Fischereien nach diesem Gesichtspunkte zu prüfen und geeigneten Falles eine längere Pachtdauer einzutreten zu lassen.

Der Postrat Kempte in Posen ist vom 1. Juni ab zum kaiserlichen Ober-Postdirektor in Kottbus ernannt. — Im schwarzen Saale des Konzerthauses fand gestern Abend eine Versammlung statt zur Vorbereitung über Begründung eines Vereins, dessen Aufgabe die Fürsorge für verwaistete Kinder bilden sollte. Herr Schulrath Schwede begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten und legte in Kürze den Zweck der Zusammenkunft dar. Der Gedanke, die Vereinsfähigkeit für die auf Besserung der verwaisteten Jugend gerichteten Bestrebungen nutzbar zu machen, fand bei allen Anwesenden sympathische Aufnahme, da die Zwangserziehung noch vieles zu wünschen übrig lasse. Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit wurde jedoch ein aus 9 Herren bestehendes Komitee niedergelegt.

Sonntag, den 14., und Montag, den 15. März, finden im großen Saale des evangelischen Vereinshauses Darstellungen und unterfangliche Lichtbilder mit Vorträgen und Gefängen statt, und zwar Nachmittagsvorstellungen um 5 Uhr für Schüler, Abendvorstellungen um 8 Uhr für Erwachsene. Während in den Sonntagsvorstellungen Bilder aus dem Leben Jesu zur Vorbereitung kommen, bieten die Montagsvorstellungen Bilder aus dem Kriege 1870-71. Die einen entsprechen dem Charakter der Passionszeit, in der wir stehen, die anderen der Jubelfeier Kaiser Wilhelms I., der wir entgegen gehen. Die Preise der Plätze sind außerst niedrig bemessen: Sitzplätze 30 Pfg. für Erwachsene, 20 Pfg. für Schüler, Stehplätze 20 Pfg. für Erwachsene, 10 Pfg. für Schüler; Bänke, welche zum Besuche der beiden Vorstellungen am Sonntag und Montag berechtigen, sind an der Kasse erhältlich und betragen den Preis eines Sitzplatzes 50 Pfg. für Erwachsene, 30 Pfg. für Schüler. Der Reinertrag ist zur Deckung der Orgelschuldes des Stilles Saales bestimmt.

Der bekannte Rezitator und Quinorist, Herr Hugo Jahr, wird am Freitag hierseits einen Vortrag halten, auf welchen wir auch an dieser Stelle besonders aufmerksam machen wollen. Bedeutende Pädagogen und Autoritäten der Wissenschaft haben diese Rezitationen wegen des hohen ethischen und pädagogischen Wertes ganz besonders empfohlen.

Am Sonntag wurde in Anlaß der Gauerbandtag pommerisch-märkischer Kreisvereine im Verande deutscher Handlungsgesellschaften abgehalten, doch war die Beteiligung der auswärtigen Vereine sehr schwach, nur Stettin und Prenzlau hatten Vertreter gesandt. Die Tagesordnung betraf nur innere Vereinsangelegenheiten, zum Delegirten wurde Herr Rüdiger-Stettin gewählt. Im Sommer, etwa im Juni, beabsichtigt der Gauerband eine Wanderversammlung in Bafewald abzuhalten. Als Ort für den nächsten Gauerbandtag wurde Demmin in Aussicht genommen.

Gebrauchsmuster sind eingetragenen: für J. Dorn in Stettin auf eine Sägemaschine nach D. R. P. 83 634 mit mehrfach getheilten Unterlagern; für G. Kaddach in Danow, G. Kammich und J. Dorn in Stettin auf einen Stützapparat mit äußeren Umfang des Läuferkranzes angeordneten Schlagstiften und verstellbarem Auslauf am Steindruck, und für Gustav Matthias in Stettin auf einen Federhalter mit Pfeilstift und durch Aufstecken sich in die Feder entleeren dem Zintenbehälter.

In der Zeit vom 28. Februar bis 6. März sind hierseits 47 männliche und 34 weibliche, in Summa 81 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 38 Kin-

importirt werden.